

(A) Anlage 7

Zu Protokoll gegebene Reden**zur Beratung der Anträge:**

- **Einen Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs und zukunftsfähige Personalstrukturen an den Hochschulen initiieren**
- **Wissenschaft als Beruf attraktiv gestalten – Prekarisierung des akademischen Mittelbaus beenden**

(Tagesordnungspunkt 16 a und b)

Monika Grütters (CDU/CSU): Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der Linkspartei legen heute jeweils Anträge vor, die sich mit der Situation und den Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses beschäftigen. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir in vielen Punkten der Analyse und auch bezüglich der im Antrag formulierten Zielperspektiven zumindest mit den Kolleginnen und Kollegen der Grünen übereinstimmen: Natürlich ist es auch ein vorrangiges Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland eine möglichst gute Ausbildung und dementsprechende berufliche Perspektiven zu bieten. Ich beziehe hier die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ganz bewusst mit ein; denn dazu findet man in Ihren Anträgen leider nichts. Dabei haben wir gerade auch diesen Punkt im vergangenen Jahr hier im Plenum häufig debattiert.

- (B) Ich nenne nur die Stichworte Deutschlandstipendium und Bafög-Erhöhung. Dabei tragen diese Instrumente maßgeblich dazu bei, die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland zu verbessern. Das gilt im Übrigen auch für die Arbeit der Begabtenförderungswerke, die im kommenden Jahr mit mehr als 130 Millionen Euro durch den Bund gefördert werden. Rot-Grün hat demgegenüber im Jahr 2005 nur 80 Millionen Euro in die Begabtenförderungswerke investiert. Allein diese Zahl macht deutlich, wie wichtig die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Bundesregierung ist.

Grundsätzlich sind wir alle uns hier aber bei der Bewertung der Situation einig. Gerade die sogenannte Postdocgruppe, also Nachwuchswissenschaftler mit Promotion, die ihre Zukunft in Forschung und Lehre an der Universität sehen, können an deutschen Hochschulen häufig zunächst nur befristet beschäftigt werden. Einerseits dient dies der ständigen Aktualität gerade in der schnelllebigen Forschung. Andererseits aber ist so eine stringente Planung der Karriere für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler häufig schwierig, sodass manche erst mit Ende 40 erkennen, dass sie die Ziele ihrer Hochschulkarriere nur schwer oder gar nicht erreichen können. Diese Problematik ist im Übrigen auch in der letzten Bestandsaufnahme der Bundesregierung zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland klar benannt worden. Leider scheinen die antragstellenden Fraktionen diesen „Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN)“, den das BMBF 2008 vorgelegt

hat, nicht in ihre Willensbildung mit einbezogen zu haben. In den Anträgen wird er jedenfalls an keiner Stelle erwähnt.

Der Bundesbericht macht deutlich, dass einer besseren Planbarkeit der wissenschaftlichen Karriere große Bedeutung bei der Reform der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zukommt. Die Ausweitung des „Tenure Track“ an den Hochschulen und eine stärkere Konzentration auf die Weiterentwicklung der Juniorprofessur sind auch für die Bundesregierung Instrumente, um mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler zu schaffen. Nicht ganz zustimmen kann ich aber, wenn unbefristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen als Allheilmittel dargestellt werden. Natürlich sind wir uns alle einig, dass Beschäftigungsverhältnisse auch und gerade in der Wissenschaft Sicherheit und Berechenbarkeit brauchen. Aber das Wissenschaftssystem kann sich in dieser Hinsicht nicht vollständig von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen lösen. Der Arbeitsplatz auf Lebenszeit ist heute nicht nur im Wissenschaftsbetrieb, sondern in vielen Arbeitsbereichen nicht mehr die Regel, übrigens nicht unbedingt zum Nachteil des Arbeitnehmers. Gerade gut ausgebildete, junge Nachwuchskräfte profitieren überproportional von den Freiheiten, die ihnen die globalisierte Welt bietet.

Wenn wir die mahnenden Worte des Wissenschaftsrates berücksichtigen wollen, der der Politik und der Wissenschaft ins Stammbuch geschrieben hat, dass „die Promotion in Deutschland nicht allein auf eine wissenschaftliche Laufbahn ausgerichtet“ ist, dann müssen befristete Arbeitsverhältnisse auch künftig ihre Berechtigung behalten, um den Austausch zwischen Hochschule, Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu ermöglichen, der für beide Seiten, für exzellente Forschung und Lehre und für die sie umgebende Gesellschaft unerlässlich ist. Auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss nicht immer die unbefristete Stelle der einzig gangbare Weg sein. So hat die Bundesregierung zum Beispiel im Jahr 2007 das Programm „Zeit gegen Geld“ gestartet, das Nachwuchswissenschaftlern ermöglicht, Gelder aus Stipendien für Maßnahmen der Kinderbetreuung zu verwenden. Eng verbunden mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist auch die Frage der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Überraschenderweise haben beide Anträge dazu gar nichts zu sagen. Dabei haben es Frauen im Wissenschaftsbetrieb auch hier immer noch deutlich schwerer als ihre männlichen Kollegen. Zwar hat das Professorinnenprogramm der Bundesregierung seit 2007 mehr als 200 zusätzliche Professuren für Frauen geschaffen, doch trotz dieses großen Erfolges kann von einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter an den Hochschulen noch lange keine Rede sein.

Deshalb sollten wir bei allem Engagement für Bildung und Wissenschaft auch nicht aus den Augen verlieren, dass die Zuständigkeit für Bildung und Wissenschaft im Wesentlichen bei den Ländern und hier vor allem bei den Hochschulen selbst liegt. Ich darf daran erinnern, dass die Länder für die Übernahme der Bildungs-

(D)

(A) aufgaben allein 2011 mehr als 1,3 Milliarden Euro an (C)

Kompensationsmitteln vom Bund erhalten. Auch die Hochschulen haben in der Vergangenheit Schritt für Schritt mehr Autonomie erhalten und müssen damit auch ihrer gewachsenen Verantwortung gerecht werden. Dem Bund allein die Verantwortung für die Finanzierung einer erneuten kostenintensiven Maßnahme aufzuerlegen, ohne in Ihrem Antrag überhaupt einen Finanzierungsvorschlag zu machen, halte ich für deutlich zu kurz gesprungen.

Dies alles sind Punkte, die wir trotz grundsätzlicher Einigkeit in den kommenden Ausschusssitzungen noch einmal intensiv debattieren müssen. Auf diese hoffentlich konstruktiven und fruchtbaren Diskussionen zum Wohle der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung freue ich mich.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Der wissenschaftliche Nachwuchs an den Hochschulen und in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in diesem Land liegt uns allen am Herzen. Deswegen beurteile ich das Ansinnen Ihrer Anträge, den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in unserem Lande gute berufliche Perspektiven und verbesserte Arbeitsbedingungen zu bieten, grundsätzlich als äußerst positiv. Dies gilt umso mehr, als sich das akademische Personal durch den Bologna-Prozess und die steigende Anzahl von Studierenden wachsenden Anforderungen ausgesetzt sieht.

Sie, liebe Grüne, präsentieren uns in Ihrem Antrag den Vorschlag, mit den Bundesländern in der Gemeinsamen

(B) Wissenschaftskonferenz einen Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs und zukunftsfähige Personalstrukturen an den Hochschulen zu schließen. Dort fordern Sie unter anderem, 4 000 zusätzliche Professorenstellen einzurichten und auch außerhalb der Professuren mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Allein, Sie bleiben uns die Antwort schuldig, wie Sie diese Ziele erreichen wollen.

Wir alle wissen, dass die Verbesserung von Arbeitsbedingungen für Nachwuchswissenschaftler eng an die finanzielle Ausstattung der Hochschulen geknüpft ist. Und hier sind, ich habe es bereits in der Aktuellen Stunde im Dezember erwähnt und tue es hier gern wieder, zuallererst die Länder in der Pflicht. Diese müssen dafür sorgen, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen in ihrem Verantwortungsbereich gesichert ist. In Zeiten knapper öffentlicher Finanzen heißt das eben auch, Prioritäten zu setzen. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland, dessen einzige Ressource die Köpfe der Menschen sind, sollten Bildung und Forschung selbstverständlich an erster Stelle stehen.

Der Bund hat seine Prioritäten klar benannt. Unser Ziel ist es, bis 2015 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung auszugeben. Dabei haben wir selbstverständlich auch den wissenschaftlichen Nachwuchs im Blick. Mit der Exzellenzinitiative, die im nächsten Jahr in die mittlerweile dritte Runde geht, wurde eine Reihe von Stellen für Doktoranden und Postdocs geschaffen. Durch den Pakt für Forschung und Innovation verbessern wir zudem die Bedingungen in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Mit dem Bundesbe-

richt zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der von der Ministerin in Auftrag gegebenen HIS-Studie über wissenschaftliche Karrieren haben wir zudem erstmals empirisch fundierte Erkenntnisse über die Karrierewege des wissenschaftlichen Nachwuchses vorgelegt. Die Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes läuft. Sie sehen also: Hier tut sich einiges. Und die Resonanz aus der Wissenschaft zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind: Erst gestern, am 19. Januar 2011, haben die Präsidenten der drei großen Berliner Hochschulen beim 52. Treffpunkt WissensWerte des Inforadio des RBB bestätigt, dass Nachwuchswissenschaftler nie zuvor so viele Möglichkeiten hatten, sich um Promotionsstipendien oder Doktoranden- bzw. Postdocstellen zu bewerben wie gegenwärtig.

Wenn wir über die Zukunft der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in diesem Land sprechen, kann es nicht nur um zusätzliche Stellen und Entfristungen gehen. Auch einige andere Punkte dürfen wir nicht aus den Augen lassen. Zum einen – das macht die HIS-Studie deutlich – bemisst sich die Attraktivität der beruflichen Zukunft in der Wissenschaft nicht nur an der Vergütung oder der festen Stelle. Die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen vor allem gute Rahmenbedingungen, um ihrer Kerntätigkeit in Forschung und Lehre nachkommen zu können. Wenn man aber, wie dies in Brandenburg gehandhabt oder in Thüringen diskutiert wird, das Lehrdeputat der wissenschaftlichen Mitarbeiter exorbitant in die Höhe schraubt, sodass ihnen de facto keine Zeit mehr zum Forschen und Publizieren oder zur Vernetzung in der Scientific Community (D) bleibt, dann sind wir tatsächlich weit entfernt von guten Rahmenbedingungen.

Zweitens ist es ein Gebot der Fairness, zu sagen, dass wir natürlich Wettbewerb in unserem Wissenschaftssystem brauchen. Wir wollen vermeiden, dass Leute über Jahrzehnte auf – unbefristeten – Qualifizierungsstellen sitzen, ohne dabei nennenswerte Forschungsergebnisse zu produzieren und ohne Anreize zu haben, im akademischen System aufzusteigen, und die Stellen für andere Nachwuchswissenschaftler „blockieren“. Auch müssen wir klar sagen, dass nicht jeder Doktorand später eine Professur oder eine unbefristete Stelle an einer Hochschule erlangen wird. Aber das kann auch gar nicht unser Ziel sein. Auch außerhalb der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, zum Beispiel in der Industrie, im Mittelstand, in der Verwaltung oder auch im Gesundheitswesen, werden exzellent ausgebildete Nachwuchswissenschaftler mehr denn je gebraucht.

Ein letzter Punkt, den ich mit Blick auf den Antrag der Grünen noch aufgreifen möchte, betrifft die Tenure-Track-Option. Wir als christlich-liberale Koalition stehen – und da verrate ich Ihnen kein Geheimnis – voll und ganz hinter der Möglichkeit, befristete Stellen nach einer positiven Bewertung in unbefristete Stellen umzuwandeln. Wir können dafür werben, und dies werden wir auch nach allen Kräften tun, aber wir als Bund können sie nicht verordnen, wie Sie das fordern, wenn Sie sagen, Sie wollen künftig alle Juniorprofessuren mit einer Tenure-Track-Option ausgestattet sehen. Lassen Sie uns